

Ruswil: Interview mit Leo Müller, Nationalratskandidat, bisher

«Wir müssen strampeln und kämpfen»

Seit zwölf Jahren politisiert Leo Müller als Nationalrat in Bern. Der Ruswiler gilt als stiller, konsequenter Schaffer. Umso mehr freute ihn ein Polit-Ranking, welches letzte Woche veröffentlicht wurde und ihn unter den einflussreichsten Parlamentariern einordnet. Im Gespräch äussert er sich zur vergangenen Legislatur und erklärt, warum ihm die Arbeit in Bern noch immer Spass macht.

Interview Roland Meyer

Leo Müller, Sie stecken mitten in der letzten Session der Legislatur 2019 bis 2023. Haben Sie sich darauf gefreut?

Ja, sehr. Die letzte Session ist thematisch wiederum sehr interessant, aber auch anspruchsvoll. Als Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) liegen mir einzelne Themen besonders am Herzen. Etwa die Regulierungsbremse, die für Unternehmen und Private die Regulierungsdichte endlich stabilisieren will.

Was hat die vergangene Legislatur geprägt?

Die Wahlen im 2019 brachten eine erhebliche Umverteilung der Sitze von der bürgerlichen Seite zu links-grün. Die bürgerliche Seite verlor insgesamt 22 Sitze im Nationalrat, die links-grüne Seite gewann 22 Sitze hinzu. Rund ein Viertel der Sitze im Nationalrat wurden damit umverteilt, und machte es schwieriger, bürgerliche Anliegen durchzubringen. Kaum so gestartet, holte uns die Pandemie ein und die zweite Session in dieser neuen Zusammensetzung wurde abgebrochen. Das gegenseitige Kennenlernen unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern wurde so erschwert. Das Zusammenwachsen hat lange nicht stattgefunden. Viele Anlässe finden am Rande einer Legislatur statt. Der persönliche Austausch, der mir so wichtig ist, konnte nicht stattfinden. Die Parlamentsgeschäfte waren getrieben durch die Bewältigung der Pandemie, sei es aus gesundheitspolitischer Sicht, sei es aber auch aus finanzpolitischer Sicht. Wir in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) kümmerten uns um die finanziellen Folgen. Meiner Meinung nach haben Bundesrat und Parlament gute Arbeit geleistet, und wir sind doch recht gut durch die Pandemiezeit und daraus herausgekommen.

Aber die Pandemie war nicht das einzige schwierige Thema der letzten vier Jahre?

Stimmt, kaum war die Pandemie vorbei, hat der schreckliche Krieg in der Ukraine begonnen. Im Parlament waren wir mit Fragen der Neutralität und möglicher Waffenlieferungen konfrontiert. Zu guter Letzt kam die Geschichte mit der Credit Suisse hinzu.

Auf welche Erfolge aus Ihrer bisherigen Amtszeit sind Sie besonders stolz?

Spontan auf zwei Sachen: Zum einen durfte ich das Präsidium der WAK übernehmen zum anderen Einsitz in die PUK zur CS-Notfusion nehmen. Je sieben Mitglieder aus Nationalrat und Ständerat sind dort vertreten. Ich erhielt als einziger «Mitte»-Vertreter aus dem Nationalrat dort Einsitz.

Warum ist diese PUK notwendig?

Der Bund und die Schweizerische Nationalbank sind mit den Staatsgarantien über 259 Milliarden Franken ins Risiko gegangen. Das entspricht dem dreifachen des normalen Jahresbudgets der Schweiz. Als Parlament zu sagen, das lassen wir jetzt so stehen, hätte die Bevölkerung nicht verstanden. Das Parlament muss zwingend genauer hinschauen. Die PUK soll die Rolle des Bundesra-

tes, der Verwaltung, der Schweizerischen Nationalbank und der Finma untersuchen. Beispielsweise, warum hat die Finma und die Verwaltung nicht rechtzeitig die Probleme erkannt. Warum wurde nicht mit dem nötigen Nachdruck agiert und dem Parlament nötige Anpassungen vorgeschlagen?

Ist das im Nachhinein nicht nur eine Alibi-Übung?

Wie gesagt: Die PUK braucht es und aus meiner Sicht müssen daraus Anpassungen in der Gesetzgebung resultieren. Etwa bei den Vorschriften des Eigenkapitals bei Banken, oder bei den Boni. Mit der UBS gibt es in der Schweiz nun nur noch ein Grossinstitut – auch das schreit nach einer Gesetzesanpassung.

Was war für Sie die grösste politische Enttäuschung?

Letztes Jahr lehnte das Stimmvolk die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer ab. Ich bin immer noch überzeugt, das war ein Fehler. Die Vorlage hätte den Schweizer Finanzplatz gestärkt. Es wären Anreize geschaffen worden, damit auch Grosskonzerne wieder vermehrt Finanzierungen in der Schweiz getätigt hätten.

Als gelernter Landwirt und Jurist mit Verwaltungsratssitzen u.a. bei Schweizer Zucker AG, SUISAG und fenaco Genossenschaft, gelten Sie als Landwirtschaftspolitiker. Können Sie mit solchen Interessenbindungen überhaupt frei politisieren?

Klar bin ich aufgrund meines Werdeganges auch Landwirtschaftspolitiker, aber nicht nur. Meine Kerngebiete sind auch die Gewerbepolitik, Steuerpolitik, Finanzpolitik usw. Trotz Einsitz in verschiedenen Gremien, sage ich klar: In meiner Meinung bin ich frei. Die Mandate sind nicht an gewisse Meinungen gebunden.

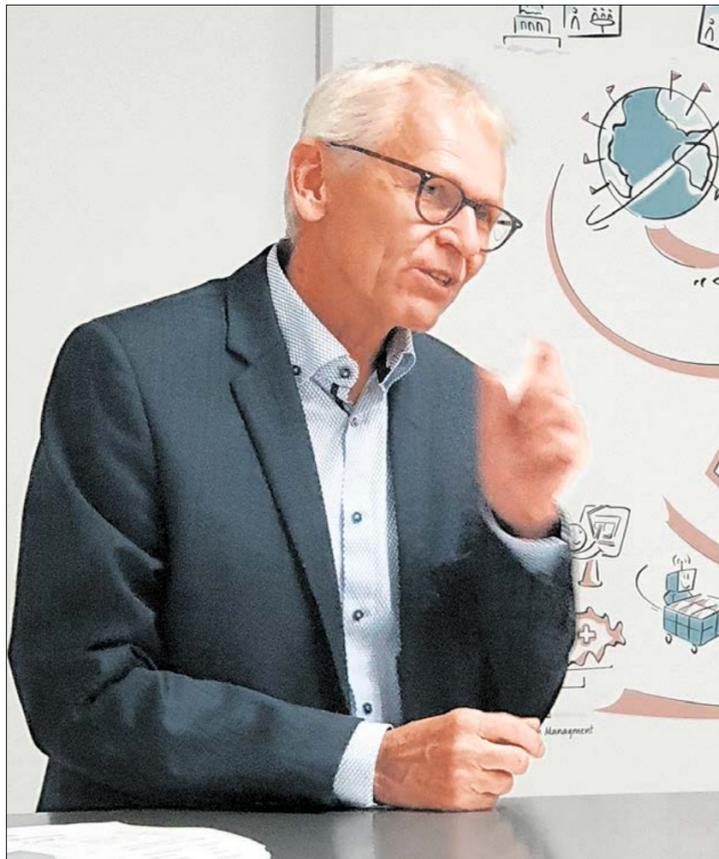
Ich bin ein starker Verfechter des Milizparlamentes. Das heisst, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier beruflich tätig sind. Das ist in einem Milizsystem so gewollt, um die Anliegen aus dem persönlichen Umfeld, aus Unternehmungen und aus der Bevölkerung ins Parlament einbringen zu können. Ein echter Milizpolitiker steht mitten im Leben und hat eine verwurzelte Bodenhaftung.

Nochmals zur Landwirtschaft: Vor welchen Herausforderungen steht die Branche?

Die Landwirtschaft kommt nicht zur Ruhe: Diskussionen um den Pestizideinsatz, neue Produktionsformen, Tierschutz und Klimaveränderung sind in aller Munde. Viele politische Gruppierungen fordern zu oft unrealistische Anpassungen. Dabei muss sich die Landwirtschaft auf den Markt ausrichten. Alle rufen nach «Bio». Studien zeigen aber, dass nur 10 bis 15 Prozent der Kundinnen und Kunden vor dem Einkauf tatsächlich nach diesen Bio-Produkten greifen.

Also keine neuen Vorschriften?

Ich vertrete überzeugt die Meinung, dass sich die einheimische Landwirtschaft selber über den Markt steuern muss und nicht über Vorschriften. Ich erhoffe mir, dass die Landwirtschaft mehr Luft bekommt, eigene Strategien zu entwickeln, um selber zu agieren. Das war in den letzten Jahren aufgrund der Flut von Initiativen nicht möglich. Ich erinnere an die Pestizid-, die Trinkwasser- und die Massentierhaltungsinitiative. Die Landwirtschaft musste sich immer erklären und rechtfertigen, und hat das immer sehr erfolgreich getan. In dieser Legislatur haben wir die Agrarpolitik 22+ verabschiedet, eine nächste Etappe soll erst im 2030 folgen – genau um der Landwirtschaft nun die nötige Luft zu verschaffen.



Nach 12 Jahren im Nationalrat kandidiert der Mitte-Politiker Leo Müller aus Ruswil für eine weitere Legislatur. Foto zVg

Sie sind Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates. Ein prestigeträchtiges Amt. Womit habt ihr euch im letzten Jahr befasst?

Erstens: Mit der finanziellen und wirtschaftlichen Bewältigung der Coronapandemie. Zweitens: Mit der Agrarpolitik. Drittens und sehr aktuell: Mit dem neuen Zollgesetz. Viertens: mit der Abschaffung des Eigenmietwertes.

Apropos Eigenmietwert: Sie kämpfen vehement für die Abschaffung?

Ja! Der Eigenmietwert setzt finanzielle Fehlanreize. Es ist mit ein Grund warum Herr und Frau Schweizer im Vergleich zum Ausland privat verhältnismässig stark verschuldet sind. Der Eigenmietwert wird auf das Einkommen angerechnet. Das bestehende System bestraft Eigentümer, die ihre Hypothek schnell abzahlen, mit einer höheren Steuerlast. Das ist ein Fehlanreiz.

Das Parlament hat diesen Frühling die Revision der 2. Säule verabschiedet. Das Volk wird nun darüber abstimmen. Wie wichtig ist die Rentenreform für die Schweiz?

Es muss uns gelingen, die Altersvorsorge zu erneuern und auf gesunde Beine zu stellen. Eine grosse Errungenschaft dieser Legislatur war die AHV-Revision, die vom Volk gutgeheissen wurde. Das Volk ist nun erneut gefordert, die vom Parlament verabschiedete Revision der 2. Säule im nächsten Jahr in einer Abstimmung zu beurteilen. Ziel ist es bei unteren Einkommen und bei Mehrfachverdienern die Vorsorge zu stärken. Aber klar: Die Revision ist ein Kompromiss, zu dem jetzt Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermassen Hand bieten müssen. Ich erinnere mich an das Sprichwort: Man kann nicht den Bären waschen, ohne das Fell nass zu machen. Ich hoffe sehr, dass diese Revision angenommen wird. Andernfalls stelle ich mir die Frage, ob die 2. Säule überhaupt noch revisionsfähig ist.

Die steigenden Gesundheitskosten und die höheren Krankenkassenprämien stehen im Sorgenparameter bei der Bevölkerung zuoberst. Nächstes Jahr sollen die Prämien wieder stark steigen. Was kann die Politik Ihrer Meinung nach dagegen tun?

Unser Instrument der Mitte ist die Kostenbremse-Initiative. Laut Experten könnten heute 20 Prozent oder 6 Milliarden Franken der Kosten in der obligatorischen Grundversicherung ohne Qualitätsverlust eingespart werden. Wir müssen das Problem nicht auf der Finanzierungsseite mit immer höheren Prämienverbilligungen angehen, sondern auf der Kostenseite. Die soll mit der Unterbindung von Mehrfachuntersuchungen, Überbehandlungen und vermehrtem Einsatz von Generika-Medikamenten erreicht werden. Ich persönlich erwarte, dass der Bundesrat konsequenter handelt, etwa bei der Überarbeitung der Tarifsysteme, die falsche Anreize schaffen.

Ist eine Einheitskrankenkasse die Lösung?

Mittlerweile bin ich tatsächlich nicht mehr so dezidiert dagegen. Vielleicht wäre eine Einheitskrankenkasse zumindest prüfenswert. Die SUVA bei der Unfallversicherung und die kantonale Gebäudeversicherung sind gute Beispiele, wie Aufgaben zentralisiert werden können. Andererseits muss man aber auch sehen, dass Krankenkassen nicht die Kostenverursacher sind. Sie tragen nur die angefallenen Gesundheitskosten.

Energie und Klima bleiben Hauptanliegen im Schweizer Volk. Wie kann die Schweiz die gesteckten Klimaziele erreichen?

Die Schweiz ist meiner Meinung nach auf einem guten Weg. Es ist in den letzten Jahren viel gegangen. Wir verfolgen allerdings einen typisch schweizerischen, pragmatischen Weg. Das soll so bleiben, auch wenn wir von gewissen Gruppierungen und teilweise vom Ausland kritisiert werden. Die Förderung alternativer Energien, der Ersatz von fossilen Brennstoffen ist wichtig – aber nicht mit immer mehr Vorschriften und Verboten.

Die Beziehungen der Schweiz mit der EU sind gegenwärtig auf einem Tiefpunkt. Wurden in der Vergangenheit Fehler gemacht? Wie sehen Sie die Chance, dass die Verhandlungen mit der EU bald wieder in Fahrt kommen?

Der Abbruch der Verhandlungen über den Rahmenvertrag war richtig. Die Verhandlungen haben zu wenig Rück-

sicht auf unsere demokratischen Begehrheiten genommen. Ich bin mir bewusst, dass einige Branchen heute unter dem vertragslosen Zustand leiden. Meiner Meinung nach hat der Bundesrat zu lange mit der EU laviert. Bundesrat Ignazio Cassis und auch schon sein Vorgänger Didier Burkhalter hätten früher reinen Wein einschenken sollen, etwa bei der Unvereinbarkeit mit der Gerichtbarkeit oder der Unionsbürgerrechtlinie.

Wie soll es mit den Beziehungen zur EU nun weitergehen?

Momentan befindet sich der Bundesrat in den sogenannten Konsultationen mit der EU. Dann wird der Bundesrat ein Verhandlungsmandat verabschieden. Die Gouillotine-Klausel muss fallen, die das ganze Regelwerk bei einzelnen Unstimmigkeiten zu Fall bringen. Der Ball liegt aktuell beim Bundesrat.

In einem Index der weltweit tätigen Kommunikations-Agentur BCW werden Sie letzte Woche von den 246 Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf dem 19. Platz. Bewertet wurde der politische Einfluss. Auf was basiert diese gute Rangierung Ihrer Ansicht nach hauptsächlich?

Dieser gute Rang freut mich natürlich ausserordentlich. Von mir wird immer gesagt, dass ich nicht der mediale Typ bin, der von Mikrofon zu Mikrofon rennt. Vielmehr werde ich in der Öffentlichkeit als stiller Schaffer wahrgenommen. Ich kann mir die gute Rangierung mit einer seriösen Arbeitsweise und guter Dossierkenntnis erklären. Ich suche den Kontakt mit anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Schlüsselpersonen konsequent, pflege den Austausch mit der Verwaltung. Schliesslich suche ich den Kontakt zu Verbänden, Organisationen und Unternehmungen. Es ist dieses Geflecht, dass es braucht, um etwas bewirken zu können und mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Die ehemalige CVP trägt heute den Namen «Die Mitte». Ein richtiger Entschluss?

Zuerst war ich sehr skeptisch, habe den Namenswechsel aber schliesslich unterstützt. Uns ist es nie gelungen, dem «C» im Namen eine andere Bedeutung als Kirche und Katholizismus zu geben. Heute habe ich im Gespräch mit der jungen Generation den Eindruck, dass «Die Mitte» vermehrt als Partei wahrgenommen wird, die bewusst auf westeuropäische Werte setzt.

Am 22. Oktober wählt das Stimmvolk das neue Bundesparlament. Glauben Sie, dass die Mitte ihre drei Sitze im Kanton halten kann?

Wir müssen strampeln und kämpfen. Vor vier Jahren holte die CVP den dritten Sitz al Vollmandat. Die Prognose ist auch aufgrund der Wahlarithmetik mit den vielen Listenverbindungen nicht ganz einfach. Ich bleibe aber zuversichtlich.

Am Montag, 4. Dezember, startet in Bern die Wintersession. Warum wollen Sie da wieder dabei sein?

Weil ich noch voll motiviert bin und das bisher Erarbeitete weiterführen möchte. Ich will mich in Bern für den Durchgangsbahnhof Luzern einsetzen. Endlich den Eigenmietwert beseitigen. Die Heiratsstrafe abschaffen. Und ich will mich weiterhin für Wirtschaftsthemen einsetzen. Die Wirtschaft muss laufen, damit auch Steuern gezahlt und die Staatsaufgaben finanziert werden können. Die vorhin erwähnte Rangierung zeigt, dass ich in Bern gut vernetzt bin. In der nächsten Legislatur wird es nicht an Arbeit fehlen. Ich möchte diese Herausforderung voller Kraft, fit und gesund, in Angriff nehmen.